



An Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Thomas Hegenbarth

Lisa Gerlach

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 29.06.2017

AN/1013/2017

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	11.07.2017

Afghanistan ist nicht sicher: Keine Abschiebungen nach Afghanistan aus Köln

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Ratsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 11.07.2017 aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln fordert die Stadtverwaltung auf, bei ausreisepflichtigen abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus Afghanistan im Rahmen sorgfältiger Einzelfallprüfungen die aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten für eine Bleiberechtperspektive zu prüfen. Das geltende Aufenthaltsrecht bietet die Möglichkeit eines humanitären Aufenthalts oder der verlängerten Duldung.
2. Der Rat appelliert an die Landesregierung von NRW, für afghanische Flüchtlinge einen dreimonatigen bundeslandbezogenen Abschiebungsstopp nach § 60a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) zu erlassen und beim Bund die Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan zu erwirken.
3. Der Rat appelliert an die Landesregierung von NRW, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass das BAMF alle negativ beschiedenen Asylanträge von afghanischen Geflüchteten der Jahre 2016 und 2017 überprüft. Dabei muss die veränderte Sicherheitslage in Afghanistan berücksichtigt werden.

4. Der Rat appelliert an die Landesregierung von NRW, sich auf Bundesebene für die Aussetzung des zwischen der EU und Afghanistan ausgehandelten Rückübernahmeabkommens vom 02.10.2016 einzusetzen.
5. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, im Namen der Stadt Köln die ablehnende Haltung des Stadtrats zu Abschiebungen nach Afghanistan gegenüber Mandatsträgern im Bund und im Land NRW zum Ausdruck zu bringen.
6. Die Stadt Köln wird sich auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass afghanische Geflüchtete im Asylverfahren Zugang zu Integrationskursen erhalten.

Begründung:

Nach einem schweren Anschlag im Diplomatenviertel von Kabul am 31. Mai 2017 hatte die Bundesregierung am 01. Juni 2017 angekündigt, Sammelabschiebungen nach Afghanistan vorerst auszusetzen. In der dazugehörigen Pressemitteilung erklärte die Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass das Auswärtige Amt bis Juli 2017 eine neue Beurteilung der Sicherheitslage in Afghanistan vornehmen werde. Bis dahin sollten zwar keine weiteren Sammelabschiebungen nach Afghanistan durchgeführt werden, aber es bleibe „bei der Förderung der freiwilligen Rückkehr und bei der Abschiebung von Straftätern und Gefährdern auf Basis einer Einzelfallprüfung“. Bei dem Anschlag in Kabul wurde auch die deutsche Botschaft schwer beschädigt und ein Botschaftsmitarbeiter getötet. Unter den Opfern befindet sich auch ein Afghane, der im März 2017 „freiwillig“ aus Deutschland ausgereist war. Gleichwohl wurde eine weitere Sammelabschiebung für den 28. Juni 2017 geplant die aber verschoben wurde.

Nach der Aufdeckung des Skandals rund um die Anerkennung des unter Terrorverdacht stehenden rechtsextremen Bundeswehrsoldaten Franco A. als subsidiär Schutzberechtigten durch das BAMF kündigte der Bundesinnenminister am 31. Mai 2017 die Überprüfung von 80.000 bis 100.000 positiv beschiedenen Asylanträgen von männlichen Flüchtlingen an. Ebenfalls überprüft werden sollten allerdings auch die abgelehnten Anträge von afghanischen Flüchtlingen, weil das BAMF bei der Bearbeitung veraltete Informationen über die Sicherheitslage in Afghanistan herangezogen hat.

In vielen Stadträten wurden in den letzten Monaten Anträge und Resolutionen verabschiedet, die sich gegen Abschiebungen nach Afghanistan richten. Der Stadtrat in Düsseldorf forderte die Landesregierung am 06. Juni 2017 auf, sich auf Bundesebene für die Aussetzung des zwischen der EU und Afghanistan ausgehandelten Rückübernahmeabkommens vom 02. Oktober 2016 einzusetzen. Auch die Stadträte in München, Bielefeld, Dortmund und Würzburg sprachen sich gegen Abschiebungen nach Afghanistan aus.

Asylsuchende aus Afghanistan haben in Deutschland schon jetzt mit enormen Nachteilen zu kämpfen. Sie dürfen z. B. während der laufenden Asylverfahren nicht an Integrationskursen teilnehmen. Hinzu kommt nun die immense Belastung – auch für die haupt- und ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützer – durch die drohende Abschiebung, die eine gute Integration in Sprache, Arbeit und Gesellschaft zumindest erschwert, wenn nicht unmöglich macht. Wie belastend die schwebende Bedrohung einer Abschiebung oder der Druck auf abgelehnte Asylbewerberinnen, freiwillig auszureisen, für die Betroffenen und ihre Unterstützer ist, zeigt eine Befragung des Bundesfachverbands unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF). Dieser hat seine Mitgliedsorganisationen zu den konkreten Auswirkungen der aktuellen Afghanistanpolitik befragt. Die Auswertung von 33 Rückmeldungen aus Wohngruppen, Schulen sowie Pflegefamilien zeigt, dass die Abschiebungen und die sinkenden Anerkennungsquoten alle Beteiligten enorm unter Druck setzen. Von dieser Belastung berichtete

auch das Kölner Ratsmitglied Lisa Gerlach, das drei afghanische unbegleitete Minderjährige im Rahmen des Gastfamilien-Programms der Stadt aufgenommen hatte. Mittlerweile ist der Älteste der Drei 18 Jahre alt geworden und hat einen Negativ-Bescheid des BAMF erhalten. In der „Welt“ vom 02. Juni 2017 berichtete die Familie aus ihrem Alltag und von der Angst davor, dass ein Mitglied der Familie nach Afghanistan abgeschoben wird.

gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach